



Aktueller Begriff

Der 8. Mai 1945 in der deutschen Erinnerungskultur

Der 8. Mai 1945 markiert das Ende des Zweiten Weltkriegs in Europa, den Zusammenbruch des nationalsozialistischen Regimes und den Untergang des von Bismarck gegründeten Deutschen Reiches. „In der deutschen Geschichte gibt es keine tiefere Zäsur“, wie der Historiker Heinrich August Winkler im Jahr 2015 anlässlich der Gedenkstunde des Deutschen Bundestages zum 70. Jahrestag erklärte. Die Zeitgenossen erlebten den Tag der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht vielfältig und ambivalent, ihre persönlichen Erinnerungen spiegeln die ganze Bandbreite an menschlichen Empfindungen von Erleichterung und Freude, Zukunftssorgen und Angst bis zu Ernüchterung und Demütigung. Im offiziellen Gedenken steht der 8. Mai dagegen als Chiffre für die Auseinandersetzung mit der Zeit des Nationalsozialismus, dem Zweiten Weltkrieg und der Nachkriegszeit.

In den beiden deutschen Staaten entwickelte sich eine getrennte Erinnerungskultur, die in den deutsch-deutschen Systemkonflikt eingebettet war:

Bereits am 21. April 1950 erklärte die Provisorische Volkskammer der DDR den 8. Mai als „Tag der Befreiung des deutschen Volkes vom Hitlerfaschismus“ zum gesetzlichen Feiertag. Im Rahmen der offiziellen Regierungsfeier in der Berliner Staatsoper erklärte Ministerpräsident Otto Grotewohl, der Tag habe 1945 die Pforten zum Neuaufbau geöffnet und dem deutschen Volk, soweit es in der DDR lebe, eine „innere politische Reinigung“ gebracht und so die Deutschen, die sich „so schwer an der Menschheit vergangen“ hatten, in den Stand gesetzt, mit voller Hingabe „an dem erhabenen Werke der Höherentwicklung und des Aufstiegs der Menschheit mitzuarbeiten“. Gegenüber der Bundesrepublik behauptete er, allein innerhalb der DDR habe man sich „den Lehren aus der Geschichte nicht verschlossen.“ Antiimperialismus, die Anbindung an die Sowjetunion und die Inszenierung als „Sieger der Geschichte“ entwickelten sich zu zentralen Deutungsmustern, die auch den streng ritualisierten Ablauf der alljährlichen Festlichkeiten prägten. Dazu gehörten ein Glückwunschtelegramm an den Ministerrat der UdSSR, ein Besuch des SED-Politbüros in der sowjetischen Botschaft, die Niederlegung von Kränzen insbesondere am Sowjetischen Ehrenmal im Treptower Park und meist ein Staatsakt in der Oper eingerahmt von russischen Liedern und Volkstänzen. Nach Peter Hurrelbrink diente der Gedenktag in der DDR als „Integrationsideologie in die SED-Diktatur und als Verhinderungsideologie für Demokratisierungsbestrebungen.“

Auch in bewusster Abgrenzung zur DDR konzentrierte sich die Bundesrepublik Deutschland auf den 17. Juni als dem Symboldatum der deutschen Teilung, während an den 8. Mai in erster Linie die Opferverbände erinnerten. Den schwierigen Umgang mit der Erinnerung an das Kriegsende hatte der spätere Bundespräsident Theodor Heuss bereits im Parlamentarischen Rat problematisiert: „Im Grunde genommen bleibt dieser 8. Mai 1945 die tragischste und fragwürdigste Paradoxie der Geschichte für jeden von uns. Warum denn? Weil wir erlöst und vernichtet in einem gewesen sind.“ In den wenigen offiziellen Stellungnahmen wurden zunächst der Bruch mit der nationalsozialistischen Vergangenheit, die mit dem 8. Mai ursächlich in Verbindung gebrachte Teilung Europas sowie das Erfolgsmodell Bundesrepublik betont. 1965 deutete Bundeskanzler Ludwig Erhard den 8. Mai erstmalig in seinem historischen Kontext, um anschließend die positive Entwicklung in der Bundesrepublik hervorzuheben: „Wir erkennen es heute noch deutlicher als damals, dass dem militärischen Zusammenbruch ein geistiger und moralischer Verfall vorausgegangen war.“

Zum 25. Jahrestag nahm zum ersten Mal eine Bundesregierung im Deutschen Bundestag zum 8. Mai Stellung, wobei Bundeskanzler Willy Brandt wie seine Vorgänger die erfolgreiche Wiedereingliederung der Bundesrepublik in die Staatengemeinschaft und den gelungenen Aufbau der Demokratie betonte. Die bis dahin differenzierteste Rede hielt Bundespräsident Walter Scheel zum 30. Jahrestag, in der er auf die Wesensmerkmale des nationalsozialistischen Herrschaftssystems einging, die Verantwortlichkeiten und die Schuldfrage deutlich ansprach und nicht mehr generell zwischen dem deutschen Volk und den Nationalsozialisten unterschied: „Adolf Hitler war kein unentrinnbares Schicksal. Er wurde gewählt.“

Scheel nahm damit wesentliche Aspekte der wirkmächtigen Rede Richard von Weizsäckers vom 8. Mai 1985 vorweg, die dieser anlässlich der offiziellen Gedenkstunde im Bonner Plenarsaal hielt. Zum einen betonte von Weizsäcker den Aspekt der Befreiung: „Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schwere Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte. Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.“ Zum anderen widmete er sich jedoch eindringlicher als bisher den Funktionen des Erinnerns und den unterschiedlichen persönlichen Erinnerungen. Insbesondere gedachte er sehr früh in der Rede allen Opfern des Krieges, wobei er für den Völkermord an den Juden auch den Begriff „Holocaust“ verwendete. Von Weizäckers Rede avancierte selbst zu einem bedeutenden Referenzpunkt der deutschen Erinnerungskultur, verlieh sie doch der in den 1980er-Jahren leidenschaftlich geführten Debatte über die angemessene Erinnerung an die nationalsozialistische Diktatur und deren Auswirkungen Ausdruck. Diese hatte Anfang Mai 1985 in der Kontroverse über den Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl und US-Präsident Ronald Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg einen Höhepunkt erreicht.

Während sich die Bundesrepublik einem ambivalenten Gedenken an den 8. Mai öffnete, blieben alternative Deutungen in der DDR lange auf die nichtöffentlichen Räume der demokratischen Oppositionsbewegungen beschränkt. Erst die letzte, und erstmalig frei gewählte, Volkskammer von 1990 verließ die von der SED-Diktatur vorgegebenen Bahnen und nahm den damaligen 8. Mai zum Anlass, über Schuld und Verantwortung nachzudenken. In der Festrede erklärte die Präsidentin der Volkskammer Sabine Bergmann-Pohl, dass für alle Völker Europas, auch für das deutsche, der 8. Mai 1945 ein „Tag der Befreiung“ gewesen sei. In Bezug auf die DDR müsse aber gesagt werden, dass „die Last unserer Geschichte“ über das Jahr 1945 hinausgehe. Deshalb stelle das Jahr 1989 eine neue Befreiung dar, die Befreiung dazu, „mit der Erinnerung an das Geschehene so ehrlich und wahrhaftig wie möglich umzugehen“.

Seit der Wiedervereinigung spiegeln die offiziellen Feierlichkeiten, bei denen 1995 erstmals auch Repräsentanten der vier Siegermächte das Wort ergriffen, die Internationalisierung des Erinnerns und den Wunsch nach einem gemeinsamen Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkriegs wider.

Literatur

- Geppert, Dominik: 8. und 9. Mai 1945: umkämpfte Erinnerungstage. In: Etienne François/Uwe Puschner (Hg.): Erinnerungstage. Wendepunkte der Geschichte von der Antike bis zur Gegenwart. München 2010, S. 335-355.
- Hurrelbrink, Peter: Befreiung als Prozess. Die kollektiv-offizielle Erinnerung an den 8. Mai 1945 in der Bundesrepublik, der DDR und im vereinten Deutschland. In: Gesine Schwan u.a. (Hg.): Demokratische politische Identität. Deutschland, Polen und Frankreich im Vergleich. Wiesbaden 2006, S. 71-119.
- Kirsch, Jan-Holger: Wir haben aus der Geschichte gelernt. Der 8. Mai als politischer Gedenktag in Deutschland. Köln u.a. 1999.
- Sack, Hilmar: Geschichte im politischen Raum. Theorie – Praxis – Berufsfelder. Tübingen 2016.